

Mittel anderen Verwendungen entziehen

Geopolitik: Deutschlands gefährlicher Weg von der Marktwirtschaft in die Kriegswirtschaft

DIRK MEYER

Niedrig dosiert starten und langsam erhöhen. Was in der Cannabis-Schmerztherapie einer Toleranzentwicklung entgegenwirkt, könnte für die Debatte „Wir müssen kriegstüchtig werden“ (Verteidigungsminister Boris Pistorius seit 2023) nicht zwingend gelten. Im April äußerte Generalinspekteur Carsten Breuer auf der Bundespressekonferenz zum Nato-Manöver „Quadriga“: „Deutschland geht bei den Planungen der Nato all in.“ Man habe deutliche Schritte in Richtung Kriegstüchtigkeit gemacht.

Gleichzeitig erklärte sich Robert Habeck im Deutschlandfunk zum „Rüstungsindustrieminister“ und forderte, „wir müssen auch die Wehrindustrie in Deutschland höher skalieren“, um zukünftig als „first mover“ voranzugehen. Schlafwandelt Deutschland in die Kriegswirtschaft oder gar in den Krieg, wie es der australische Historiker Christopher Clark in „Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ (2012) beschreibt?

Zusätzliche Lasten einfach auf spätere Generationen verlagern?

Nach dem Überfall auf die Ukraine haben die 27 EU-Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsausgaben von 240 auf 290 Milliarden Euro erhöht. In diesem Jahr wird Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel der Wirtschaftsleistung knapp erreichen; Estland strebt drei und Polen gar vier Prozent an. Darüber hinaus wurden seit Februar 2022 international 353



Boris Pistorius (r.) besucht Streitkräftebasis in Mahlwinkel: Staatliche Kommandowirtschaft?

Milliarden Euro an Militär-, Finanz-, Humanitär- und Flüchtlingshilfen für die Ukraine geleistet, davon die EU 87, die USA 70 und Deutschland 42 Milliarden Euro. Geld, das an anderer Stelle fehlt: Einschränkungen im privaten Konsum, unterlassene Modernisierung der Infrastruktur, Sozialabbau, ein geringerer Außenhandelsüberschuss oder höhere Schulden. Die für die Rüstungsproduktion eingesetzten Maschinen und Arbeitskräfte müssen anderen Verwendungen entzogen werden. Rein saldenmechanisch wäre das am wenigsten spürbar, wenn die Rüstungsgüter importiert (Abbau des

Exportüberschusses) oder über Auslandsschulden finanziert würden. In beiden Fällen werden die Lasten jedoch auf spätere Generationen verlagert, die zukünftig auf ein geringeres Auslandsvermögen zugreifen können bzw. höhere Zins- und Tilgungszahlungen an das Ausland leisten müssen.

Doch tatsächlich sind die direkten Rüstungskosten und Ukraine-Hilfen nur die eine Seite. Denn Deutschland scheint auf dem Weg im Zuge des Ukrainekrieges in wichtigen Bereichen die Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien hin zu einer staatlichen Kommandowirtschaft zu vollziehen – und das wird teuer. Beispielfaßend sind die Energie-sanktionen gegen Rußland: Bereits zwei Tage vor Kriegsbeginn tat die Bundesregierung den ersten Schritt hin zu einer „Gasmangellage“, indem sie mit dem Stopp des Zertifizierungsverfahrens die Nord-Stream-2-Pipeline nicht an das Netz gehen ließ.

Ende 2022 trat ein EU-Importstopp für russisches Tanker-Öl in Kraft. Freiwillig verzichtete Deutschland auf russisches Pipeline-Öl – mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Großraffinerie PCK Schwedt. Die von den G7-Ländern beschlossene Preisobergrenze von 60 Dollar pro Barrel für russisches Öl hat zu weiteren Verknappungen und einer Umlenkung zu Drittstaaten wie Indien und China geführt – teils auch zu Rücklieferungen nach Deutschland zu höheren Preisen.

Ähnlich preisstärkend wirkte der EU-Marktkorrekturemechanismus für Erdgas. Der beschlossene

Höchstpreis steigerte die Nachfrage und senkte das Angebot – katastrophal für das von Energieimporten abhängige Deutschland. Bei einer gleichbleibenden Importquote und trotz eines Rückgangs des Primärenergieverbrauchs um sechs Prozent hat sich die Energieimportrechnung 2022 mit 131 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr etwa verdoppelt.

Zunehmende Behinderung der internationalen Arbeitsteilung

Entsprechend sind 70 Milliarden Euro an Kaufkraft ins Ausland geflossen – hervorgerufen durch Sanktionen, deren Zielerreichung fraglich ist. Damit die Verbraucher die staatlichen Boykottmaßnahmen mittragen, wurde die Gas- und Strompreisbremse durch eine sich „kümmernde“ Ampel beschlossen – bis Mitte 2023 wurden 52 Milliarden Euro ausgezahlt und die Mehrwertsteuer für den Gas- und Fernwärmeverbrauch auf sieben Prozent gesenkt. Das hat den Anreiz zum Energiesparen konterkariert und die nächste Haushaltskrise durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Verbot der Übertragung von Kreditemächtigungen für den Haushalt 2024 ausgelöst. Dies zeigt, wie eine Kommandowirtschaft gemäß der „Ölflecktheorie“ ungeahnte Folgeinterventionen nach sich zieht.

Ein weiterer Staatseingriff ist die „Resilienz-wirtschaft“ (Widerstandsfähigkeit), zu der nach neuerer Begriffsdeutung auch die Rüstungswirtschaft zählen könnte. Sollte die EZB ihre Anforderungen an die „verantwortungsvolle Unternehmensführung“ (ESG) ändern, könnte sie demnächst auch Anleihen von Rüstungsunternehmen bevorzugt aufkaufen, was deren Kreditzinsen sinken ließe. Da der Wehrsektor eher der Hochtechnologie zuzuordnen ist, steigt die Konkurrenz um Fachkräfte im Auto- und Apparatebau sowie in der Elektronikfertigung. Diese Firmen könnten gezwungen sein, Produktion zu verlagern oder zu drosseln. Zugleich dürfte der technologische Fortschritt eine andere Richtung nehmen und über sogenannte Spin-offs zivile Anwendungen erfahren (Drohntechnologie).

Sodann steht die „neue Industriepolitik“ im Zeichen der Abwendung von Kriegs- und Krisenfolgen, indem sie die Lieferketten funktionsfähig halten soll. Die eingesetzten staatlichen Mittel zur Industrieansiedlung (Chips/Mikroelektronik) und die Behinderung der internationalen Arbeitsteilung durch Zölle, Ausfuhrverbote und Kapitalverkehrsbeschränkungen erzeugen erhebliche Wachstumsverluste. Sie sind die staatlich veranlaßte Prämie in einer politisch und militärisch unsicheren Welt. Nicht nur Kritiker der Bundesregierung fragen inzwischen, ob eine Respektierung russischer Sicherheitsinteressen diese Wohlstandsverluste ersparen würde? Eine Lose-Lose-Situation, bei der beide Seiten verlieren, ist keine erstrebenswerte Zukunft.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

„Keine Aufgabe der EZB, Energiewende zu fördern“

WIEN. Die Österreichische Notenbank (OeNB) hat die EZB vor einer übereilten Zinswende gewarnt. „Ich sehe überhaupt keinen Anlaß, daß wir die Leitzinsen so schnell zu stark senken. Wir müssen jeden Schritt von den aktuell verfügbaren Daten abhängig machen. Im September und Dezember werden uns viele neue Daten und Prognosen vorliegen. Im Juli hingegen kaum“, erklärte OeNB-Gouverneur Robert Holzmann im *Handelsblatt*. „Die Aufgabe einer Zentralbank ist Preisstabilität. Andere Ziele kann sie einbeziehen, sofern ihr Mandat davon nicht berührt wird.“ Es sei nicht Aufgabe der EZB, die Energiewende zu begünstigen: „Dafür gibt es direkte Instrumente wie einen CO₂-Preis und Steuern“, so der frühere Weltbank-Direktor. Allerdings agiere die EZB nicht im luftleeren Raum: Die US-Zentralbank Fed sei „im übertragenen Sinn der Gorilla im Raum“, so Holzmann. „Mit der Zinspolitik in den beiden wichtigsten Währungsräumen der Welt sind große Kapitalströme verbunden“, und seit seiner Einführung „schwankte der Euro zwischen 0,80 Dollar und 1,60 Dollar“. Die Wirtschaftsaussichten in Amerika seien derzeit viel besser als in der Eurozone, denn die „USA fahren aktuell ein Haushaltsdefizit von sieben Prozent, das wird die Nachfrage weiter belegen“, so der OeNB-Chef. (fs) www.oenb.at/Geldpolitik

Wirtschaft auf Arbeitskraft von Müttern angewiesen

KÖLN. Väter verbringen zunehmend mehr Zeit mit Kochen, Waschen, Putzen und Kinderbetreuung. 2021 hätten sie 4,7 Stunden täglich ihre Kinder unter sechs Jahren betreut, 2001 seien es nur 2,8 Stunden gewesen. 85 Prozent der Väter gaben 2021 an, täglich bis zu zwei Stunden Hausarbeit zu erledigen, nur 7,5 Prozent hätten überhaupt nicht im Haushalt geholfen. 2001 seien es 61 Prozent bzw. 34 Prozent gewesen. Das ergab eine Auswertung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Dieses Engagement erleichtere Müttern den Wiedereinstieg in den Beruf, aber es fehlten 340.000 Kindergartenplätze: „Da die geburtenstarken Babyboomer aus dem Erwerbsleben ausscheiden, wird Deutschland in den kommenden Jahren verstärkt auf die Arbeitskraft von Müttern angewiesen sein, um Wachstum und Wohlstand zu sichern“, mahnte Wido Geis-Thöne, IW-Senior Economist für Familienpolitik und Migrationsfragen. Das Angebot an Betreuungsplätzen müsse daher deutlich erweitert werden. (fs) www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten

i Die britische Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg

Premierminister Winston Churchill mußte 1940 unter hohem Zeitdruck eine Kriegswirtschaft aufbauen. Die dezentrale, über Knappheitspreise gesteuerte Marktwirtschaft Großbritanniens wandelte sein Kabinett in eine zentral gelenkte Planwirtschaft – aber unter Fortbestand privater Firmen. Unternehmensführer wurden zur Planung und Lenkung in die Ministerien berufen. Die Aufrüstung und die Nahrungsmittelversorgung verlangten eine Vorrangstellung in der Produktion. Die Arbeitskräfte wurden nach diesen Prioritäten umverteilt, die Armee auf zwei Millionen Mann begrenzt. 1944 um-

faßte die Kriegsgüterproduktion die Hälfte des Bruttonationaleinkommens. Zugleich sank die Konsumgüterproduktion um 21 Prozent unter das Vorkriegsniveau. Importe aus den Kolonien und den USA halfen kurzfristig, die inländische Ressourcenbasis auszubauen, führten aber zu Zahlungsbilanzproblemen. Nur durch die Rationierung knapper Konsumgüter wurde die Versorgung gleichmäßig sichergestellt und eine breite Akzeptanz der Entbehrungen bei hohem Widerstandswillen erreicht. (my)

ibiblio.org/hyperwar/UN/UK/UK-Civil-WarEcon

Noteingriffe ins Stromnetz

Energiewende: Unternehmen beklagen zunehmende Ausfallkosten

JÖRG FISCHER

Zwischen 1989 und 2019 wurden in Deutschland elf AKW abgeschaltet. Die Reaktoren der verbliebenen sechs gingen unter der Ampel vom Netz – bei Abschaltung von Kohlekraftwerken. Doch es gab weder einen Blackout noch größere regionale Netzabschaltungen (Brownout). „Wir sehen heute, daß die Stromversorgung weiter sicher ist“, freute sich Robert Habeck. „Wir haben am 15. April 2023 das vollzogen, was die schwarze Koalition 2011 beschlossen hat, und daher die letzten deutschen Kernkraftwerke endgültig abgeschaltet.“ Dennoch sei man „sicher durch zwei Winter gekommen“, so der Wirtschaftsminister.

Seine Parteifreundin Katharina Schulze, Grünen-Fraktionschefin im Bayerischen Landtag, behauptete sogar: „Wir hatten und haben ausreichend Strom zur Verfügung. Die Strompreise sind heute niedriger als vor dem AKW-Aus.“ Ein Blick in die Strompreisanalyse des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) zeigt jedoch: 2018, vor dem Aus der letzten sieben AKW, kostete eine Kilowattstunde (kWh) Durchschnittshaushalte 29,47 Cent – fünf Jahre später waren es 45,73 Cent. Und das nur, weil die abgeschaltete EEG-Umlage für Ökostromerzeuger (2018: 6,79 Cent) nun über Steuern und die „CO₂-Bepreisung“ von Benzin, Diesel, Heizöl und Gas querfinanziert wird.

Mehr Redispatch-Maßnahmen zur Verhinderung eines Brownouts?

Auch „ausreichend Strom“ gibt es nicht mehr: 2023 mußte Deutschland 69 Terawattstunden (TWh) importieren, „ein Zuwachs von 20 TWh bzw. 41 Prozent gegenüber dem Vorjahr“, wie die grünennahe Lobbyorganisation Agora Energiewende (Direktor bis 2021: Patrick Graichen) in ihrer Marktanalyse „Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2023“ einräumen mußte. Der Stromexport lag nur bei 58 TWh, das waren 19 TWh weniger als 2022. Privatverbraucher spüren das derzeit kaum, aber „Stromausfälle machen vielen Unternehmen zu schaffen“, klagte Achim

Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer am Montag bei der Vorstellung einer DIHK-Unternehmensbefragung vom Februar 2024.

42 Prozent der 1.000 antwortenden Betriebe hätten 2023 kurze Stromausfälle unter drei Minuten verzeichnet, in der Industrie sogar die Hälfte der Befragten. Knapp ein Drittel (28 Prozent) hatten Stromausfälle, die über drei Minuten andauerten, in der Industrie geringfügig mehr (29 Prozent). „Für ein Drittel (32 Prozent) verursachten die Stromausfälle zusätzliche Kosten von bis zu 10.000 Euro. Für 15 Prozent der Befragten beliefen sich die Kosten von Stromausfällen auf 10.000 bis 100.000 Euro. Ein kleiner weiterer Anteil (zwei Prozent) hatte sogar Kosten von über 100.000 Euro“, heißt es in der DIHK-Studie. „Als Reaktion auf Stromschwankungen richteten im letzten Jahr sieben Prozent der Betriebe Notstromaggregate zur Abdeckung von Spitzenlasten ein und elf Prozent Energiespeicher.“

Nur 13 Prozent der Stromausfälle seien durch Kabelschäden und Bauarbeiten sowie acht Prozent durch Gewitter verursacht worden – das gab es auch vor dem Atomausstieg. Für elf Prozent der Stromausfälle seien die Netzbetreiber verantwortlich, lediglich drei Prozent seien auf Netzschwankungen zurückzuführen – und das wirft Fragen auf: Denn zwei Drittel der Firmen konnten keine Ursache identifizieren. Daher fordert die DIHK „ein Auskunftsrecht über die Ursachen von Stromausfällen und das Überarbeiten der Entscheidungsregelungen“. Und solange die Netzstabilität nicht wieder gewährleistet sei, dürften „keine weiteren Anlagen abgeschaltet werden“, forderte Dercks.

Die BDEW-Redispatch-Studie macht wenig Hoffnung: Durch den Ausbau der schwankenden Solar- und Windstromerzeugung kommt es im deutschen Übertragungs- wie auch im Verteilnetz immer häufiger zu Netzengpässen, Über- und Unterspannungen sowie einem Stromeinspeisemanagement in steigendem Umfang. Dieser „Redispatch“ zur Brownout-Verhinderung kostete 2013 nur 113,3 Millionen und 2018 immerhin 388,2 Millionen Euro – 2022 waren es bereits 2,7 Milliarden Euro.

bdew.de/media/documents/BDEW-Redispatch_Bericht_2023_zum_Berichtsjahr_2022.pdf



KONTRAFUNK
www.kontrafunk.radio

Es gibt wieder Karten!

>> Wegen riesiger Nachfrage jetzt als XXL-Event <<

MESSE DRESDEN · Halle 1

Der Kontrafunk feiert Geburtstag und schreibt Radiogeschichte!

Freier Eintritt ab 16 Uhr zum Kontrafunk-Markt mit vielen Verkaufsständen für Bücher, Andenken, Textilien und landwirtschaftliche Produkte

Um 19 Uhr Beginn der Kontrafunk-Geburtstagsgala

mit Peter Hahne, Uwe Steimle, Yann Song King, Uwe Tellkamp, Matthias Burchardt, Ludger K., Marco Rima, Andreas Thiel und Burkhard Müller-Ullrich

Markt & Jubiläumsgala
Freitag
21. Juni 2024



Kartenverkauf hier: **ab 39€**
www.eventfrog.de/kontrafunk-supergala

